15, 06, 77

Sachgebiet 61

Bericht

des Haushaltsausschusses (8. Ausschuß) gemäß § 96 der Geschäftsordnung

zu dem von der Bundesregierung eingebrachten

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Umsatzsteuergesetzes, des Bundeskindergeldgesetzes, des Einkommensteuergesetzes und anderer Gesetze (Steueränderungsgesetz 1977 – StÄndG 1977 –)

- Drucksachen 8/292, 8/555 -

Bericht des Abgeordneten Löffler

Der Gesetzentwurf ist mit der Haushaltslage vereinbar.

Der Gesetzentwurf, mit dem das Umsatzsteuergesetz, das Bundeskindergeldgesetz, das Einkommensteuergesetz, das Körperschaftsteuergesetz, das Gewerbesteuergesetz, das Vermögensteuergesetz, das Spar-Prämiengesetz, das Wohnungsbau-Prämiengesetz, das Dritte Vermögensbildungsgesetz, das Aufwertungsausgleichsgesetz, das Haushaltsstrukturgesetz und einige andere damit im Zusammenhang stehende Gesetze geändert werden sollen, hat als Zielsetzung

eine weitere Verminderung der bestehenden Haushaltsdefizite ab 1978, eine Verbesserung des Kindergeldes für Familien mit mehreren Kindern, Erleichterungen bei der Einkommen- und Lohnsteuer und Entlastungen im Bereich der ertragsunabhängigen Steuern.

Die finanziellen Auswirkungen des Steueränderungsgesetzes 1977 und die einzelnen Maßnahmen aufgrund der Beschlußempfehlung des federführenden Finanzausschusses ergeben sich aus der folgenden Ubersicht:

Lfd.			Entstehungsjahr 1978 ¹)				
Nr.	Maßnahme	Steuer		davon			
			ings.	Bund	Länder 2)	Gemein- den ²)	
	2	3	4	5	l 6		
	I. Steuerliche Maßnahmen	!					
1	Erhöhung der Mehrwertsteuersätze von 11/ 5,5 v. H. auf 12/6,0 v. H. zum 1. Januar 1978*)	USt	+6 200	+4 185	+2 015		
2	Erhöhung der Sonderausgabenhöchstbeträge von 1800 DM auf 2100 DM (einschließlich entsprechender Anhebung des hälftigen Ab- zugs sowie Wegfall des Vorwegabzugs für			,			
3	Beamte u. ä. und Anhebung der Vorsorgepauschale von 16 v. H. auf 18 v. H.) 3)	LSt/ESt	-2500	-1 0 7 5	-1 105	_	32
3	Anerkennung von 600 DM je Kind als außergewöhnliche Belastungen für geschiedene und getrennt lebende Eltern sowie Eltern nicht ehelicher Kinder ³)	LSt/ESt	- 200	- 86	- 88	_	20
4	Steuerfreiheit für Kinderzuschüsse aus der gesetzlichen Rentenversicherung 3)	ESt	- 5	- 2	_ 2		
5	Senkung des Vermögensteuersatzes für nicht- natürliche Personen von 1 v. H. auf 0,7 v. H. und für natürliche Personen von 0,7 v. H. auf	VSt	-1 500		-1 5 00		
•	0,5 v. H. ⁴)	•		400			
6	Gewerbesteuerentlastung 5)	GewSt ESt/KSt	- 820 + 320	- 108 + 142	- 187 + 145	+ 	51 3
		Saldo	_ 500	+ 34	- 42	_	49
7	Steuerfreiheit von Sicherungseinrichtungen im Kreditgewerbe 6)	GewSt KSt/VSt	_				
8	Verlängerung der Steuerbefreiung von Wasserkraftwerken ?)	GewSt KSt/VSt					_
9	Verlängerung von Steuervergünstigungen in der Land- und Forstwirtschaft um 2 Jahre 7)	ESt	_				_
	Zwischensumme I		+1 495	+3056	- 722	-	83
	II. Kindergeld ⁸)						
10	Anhebung des Kindergeldes für Zweitkinder von 70 DM auf 80 DM monatlich		- 600	- 600	_		_
11	Anhebung des Kindergeldes für dritte und weitere Kinder von 120 DM auf 150 DM monatlich		-1 170	-1 170			_
	Zwischensumme II		-1 770	—1 770			
	Steueränderungsgesetz 1977 insgesamt		- 275	+1 286	– 722	- 1	839

[&]quot;) Ohne Berücksichtigung von Preiswirkungen auf die öffentlichen Haushalte.

¹) In den ersten 12 Monaten voller Wirksamkeit der Rechtsänderung entstehende Haushaltsentlastung oder Haushaltsmehrbelastung.

²⁾ Ohne Berücksichtigung von Zahlungen auf Grund des kommunalen Finanzausgleichs; Gemeindesteuern der Stadtstaaten den Ländern zugerechnet.

³) Nur grobe Schätzung möglich.

⁴⁾ Ohne Berücksichtigung der Auswirkungen auf den LA-Fonds.

	Haushaltsmehrbelastung (—) / Haushaltsentlastung (+) in Mill, DM									
Rechnungsjahr 1978			Rechnungsjahr 1979				Rechnungsjahr 1980			
	davon		davon				davon			
insg.	Bund	Länder ²)	Gemein- den ²)	ings.	Bund	Länder ²)	den ²) Gemein-	ings.	Bund	Länder 2) Gemeinden 2)
8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18 19
+ 5 250	+3 544	+1 706		+ 6 650	+4 490	+2160		+7 200	+4 860	+2340 —
-1 250	- 538	- 552	- 60 _.	-2 625	-1 129	-1 160	- 336	-3 000	-1 290	-1 326 - 384
- 100	- 43	- 44	- 13	- 212	- 91	- 94	- 27	- 230	- 99	- 102 - 29
- 5	- 2	- 2	- 1	- 5	- 2	- 2	- 1	- 5	- 2	- 2 - 1
-1 350 - 665 -	— — 98 —	-1 350 - 158 -	— — 409 —	-1 550 - 820 + 115	- 114 + 52		- 514 + 11	-1 600 - 910 + 700	- 132 + 313	-1 600 — - 215 - 563 + 320 + 67
- 665	- 98	- 158	- 409	– 705	- 62	140	- 503	- 210	+ 181	+ 105 - 496
	—			_	_				_	
-	_								_	
-1		_		_						
+1 880	+2 863	- 400	- 583	+1 553	+3 206	- 786	- 867	+2155	+3 650	- 585 - 910
- 600	- 600	-		- 590	- 590			- 580	- 580	
-1 170	-1 170			-1 150	-1 150	<u></u>		-1 120	-1 120	
-1 770	-1 770			-1 740	-1 740	_		-1 700	-1 700	
+ 110	+1 093	- 400	- 583	- 187	+1 466	– 786	- 867	+ 455	+1 950	- 585 - 910

⁵) Einschließlich Freistellung von Beteiligungen an ausländische Handelsgesellschaften und einschließlich der indirekten Anhebung der Umsatzgrenze für im Lohnauftrag arbeitende Gewerbetreibende.

⁶) Keine zusätzlichen Steuerausfälle, da die Sicherungseinrichtungen bisher als unselbständige Teile der Vermögen der Berufsverbände des Kreditgewerbes steuerfrei waren.

⁷⁾ Keine zusätzlichen Steuerausfälle, da nur Fristverlängerung der Steuervergünstigung (Verzicht auf Steuermehreinnahmen).

⁸⁾ Hinzu kommen Mehrausgaben bis zu 5 Millionen DM jährlich bei der gesetzlichen Unfallversicherung.

Dieser Bericht beruht auf der vom federführenden Finanzausschuß vorgeschlagenen Fassung des Gesetzentwurfs.

Bonn, den 15. Juni 1977

Der Haushaltsausschuß

Leicht

Löffler

Vorsitzender

Berichterstatter